

DER NEUE LANDSHUTER

Stadtgucker

Landshut

SPD

September 2018 • Ausgabe 51



GERD STEINBERGER FÜR DEN BEZIRKSTAG

Der 69-jährige Malermeister Gerd Steinberger kandidiert für den niederbayerischen Bezirkstag.

Mit Ihrer Erststimme können Sie Ihren persönlichen Vertreter direkt in den Bezirkstag wählen. Denken Sie an die Briefwahl! © Foto: Peter Litvai

Liebe Landshuter Bürgerinnen und Bürger, vermutlich müssten wir unseren Kandidaten für den niederbayerischen Bezirkstag gar nicht mehr vorstellen. Wer ihn kennt und schätzt, möge wohlwollend den weiteren Artikel lesen. Jenen, die ihn nicht kennen, stellen wir unseren Bezirkstagskandidaten Gerd Steinberger gerne vor: Seit über 25 Jahren ist Gerd Steinberger für die SPD in der Kommunalpolitik aktiv. Als Landshuter Bürgermeister, Landshuter Stadtrat, Innungsoberrmeister, Beirat der AOK sowie als Bezirksobermeister für Niederbayern. Und viele kennen ihn als Vereinsvorsitzenden in Landshut: beim Bürgerverein, der Stadtkapelle und dem Förderverein des Schulförderzentrums oder auch als Vorsitzenden des Kriegervereins Achdorf.

Diese langjährige politische Arbeit gibt ihm nicht nur tiefen Einblick in aktuelle Themen, sondern auch die Erfahrung politische Entscheidungen aktiv mitzugestalten, zu bewerten und deren langfristige Entwicklungschancen abzuschätzen. Gerd Steinberger ist dafür bekannt, seine eigene Meinung zu vertreten und dabei das Beste für die Bürgerinnen und Bürger im Sinn zu haben. Daher engagiert er sich vor allem für soziale Themen wie Bildung, Wohnbau und die medizinische Versorgung in Landshut und der Region. Er ist Befürworter und Mit-Initiator des Bürgerentscheids,

bei dem es um die Gründung einer Landshuter Wohnungsbaugesellschaft geht. „Damit Wohnen bezahlbar bleibt!“ so Steinberger. „Städtischen Wohnungsbau zu betreiben, und zwar in ausreichendem Umfang, wurde lange genug verschlafen. Jetzt entscheiden die Landshuter Bürgerinnen und Bürger!“

„Insbesondere der demografische Wandel wird Stadt und Land noch vor diverse Probleme stellen.“

Insbesondere der demografische Wandel wird Stadt und Land noch vor diverse Probleme stellen, so Steinberger. „Ob in der Pflege, bei der Umsetzung der Barrierefreiheit oder auf dem Arbeitsmarkt durch den Fachkräftemangel. Hier sind nachhaltige Lösungen gefragt!“ Der Erhalt und die Förderung von Wirtschaft und Handwerk sind für ihn ausschlaggebend, damit Niederbayern ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt – auch in strukturschwächeren Gebieten.

Fortsetzung des Artikels auf Seite 2

FÜR WAS IST DER BEZIRKSTAG EIGENTLICH ZUSTÄNDIG?

Kurz gesagt: für die Pflege der niederbayerischen Kultur und Heimat.

Und das ist eine vielfältige Aufgabe. Dazu gehört die gezielte Wirtschaftsförderung genauso wie der Schutz von Natur und Umwelt sowie die Denkmalpflege. Im kulturellen Bereich steht die Förderung des niederbayerischen Landestheaters, die Unterstützung von Museen, Kulturveranstaltungen aber auch von Vereinen im Vordergrund.

Darüber hinaus ist der Bezirkstag überörtlicher Träger der Sozialhilfe und somit verantwortlich für die Finanzierung der damit verbundenen Leistungen.

Er arbeitet als Aufsichtsbehörde und Träger für das Bezirksklinikum Mainkofen und die Bezirkskrankenhäuser Landshut, Straubing und Passau und ist zudem Träger von Fach- und Sonderschulen der Region.

Zusammenfassend darf man also sagen: Der Bezirkstag arbeitet direkt für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

KINDERBETREUUNG:

**Mehr Betreuung
und kostenfreie
Kita-Plätze.**

Seite 2

SAG' JA:

**Zur Gründung der
Landshuter Wohnungs-
baugesellschaft.**

Seite 4/5

NEUES AUS DER FRAKTION

**Unser politisches
Engagement für
Ihr Wohlergehen.**

Seite 6/7

Gerd Steinberger privat

Privat ist Gerd Steinberger häufig auf seinem Hof in Hundspoint anzutreffen. Hier spürt man gleich die Liebe zur Heimat, den Wunsch Traditionen zu pflegen und niederbayerisches Kulturgut zu bewahren. Über 16.000 Arbeitsstunden hat der Malermeister zusammen mit Familie und Freunden investiert, um den im Jahre 1796 erstmals erwähnten Dreiseithof wieder bewohnbar zu machen. Sogar eine außerordentliche Belobigung erhielt die Familie für die „feinfühlig und sensible Renovierung“.

„Vor 30 Jahren wollte ein solches Projekt keiner auch nur mit der Kneifzange anfassen“, so Steinberger. „Ich muss zugeben, ohne meinen handwerklichen Hintergrund und die vielen Leute, die uns geholfen haben, wäre es nicht zu machen gewesen. Zum Glück weiß man vorher nie genau, was alles auf einen zukommt, sonst würde man ein solches Langzeit-Projekt vermutlich gar nicht

in Angriff nehmen. Heute sind wir froh, dass wir viele der historischen Besonderheiten in der Bauweise des Hofes, erhalten konnten. Meine Frau und ich sind leidenschaftliche Gärtner und so haben wir natürlich das ganze Jahr über viel Arbeit. Ruhiger wird es dann erst im Winter. Jedes Jahr an Weihnachten trifft sich hier die ganze Familie. Das ist für mich die allerschönste Zeit. Bei so viel fröhlichem Trubel, herrscht auf dem Hof eine ganz besondere Atmosphäre.“



Gerd Steinberger vor den Toren seines historischen Dreiseithofes in Hundspoint im Landshuter Landkreis Kröning.

Die BayernSPD ist sich einig: Kinderbetreuung zentrales Thema

Kitas sollen gebührenfrei werden

Ein Schwerpunkt unseres Wahlprogramms und unseres Wahlkampfes: unsere Kinder! Und weil die ersten Jahre das ganze Leben prägen, müssen wir gerade in den Kindergärten mehr tun. Übrigens: Wo die SPD in Städten und Gemeinden regiert, gibt es mehr Kinderbetreuung. Wir brauchen bessere Bedingungen in ganz Bayern:

Mehr Betreuung schaffen

Kinderbetreuung muss zu den Bedürfnissen der Kinder passen. Und zur Lebenssituation der Eltern. Dafür wollen wir in ganz Bayern mehr Betreuung schaffen:

- Mit einem Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen Betreuungsplatz.
- Mit einer Verbesserung des Angebots in den Randzeiten und Ferien.
- Mehr Angebote zur Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund, um ihre Integration von Anfang an zu sichern.
- Mehr Angebote zur Betreuung von Kindern mit (drohender) Behinderung, um Inklusion sicherzustellen.

Kitas gebührenfrei

Wir wollen sicherstellen, dass jedes Kind in Bayern hochwertige Betreuung bekommt. Und damit auch gleiche Chancen auf Bildung. Hier muss der Freistaat investieren:

- Schrittweise Absenkung der Kita-Gebühren bis zur vollständigen Beitragsfreiheit
- Erstattung der Ausgaben von Städten und Gemeinden für Kita, Kindergarten und Schulbetreuung

Kitas mit höchster Qualität

Bei Kitas geht es nicht nur um Betreuung. Es geht vor allem um Bildung und die individuelle Förderung jedes Kindes. Deshalb wollen wir eine Qualitätsoffensive:

- Eine ErzieherIn soll nicht mehr als drei Kinder unter drei Jahren betreuen. Dieser Personalschlüssel muss verbindlich festgeschrieben werden.
- Fachkräfte zur Förderung von Sprache, Musik, Bewegung oder besonderen Bedürfnissen sollen in die Teams eingebunden werden.
- Mehr Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte.

ErzieherInnen stärken

In Bayern fehlen schon heute 11.500 pädagogische Fachkräfte. Für den notwendigen Ausbau des Angebots brauchen wir noch mehr engagierte Frauen und Männer. Wir wollen diese wichtige Arbeit attraktiver machen:

- Bessere Bezahlung von pädagogischen Fachkräften in der Kinderbetreuung

- Kostenfreie Ausbildung und Fortbildung für Erzieherinnen und Erzieher
 - Bessere Arbeitsbedingungen durch Verbesserung des Betreuungs-Schlüssels
- Bayern kann das. Unsere wirtschaftliche Stärke gibt uns die Möglichkeit, unseren Kindern den besten Start ins Leben zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang listete der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Markus Rinderspacher besonders kritikwürdige Versäumnisse der Staatsregierung auf: „Vor 48 Tagen hat Herr Söder eine Qualitätsoffensive Kinderbetreuung mit 30.000 neuen Plätzen, 2.000 Tagespflegepersonen und neuen 10.000 Hortplätzen versprochen. Doch die nackte Wahrheit lautet: Herrn Söders vermeintliche Kita-Offensive findet sich im Nachtragshaushalt nicht wieder. Der Ministerpräsident führt die Kita-Beschäftigten und Familien in Bayern mit Wahlkampfversprechungen hinter Licht, die schon vor dem Wahltermin gebrochen werden.“



SPD-Landtagsabgeordneter Markus Rinderspacher.

Schon Patricia Steinberger forderte die Schulwegfreiheit in Landshut

Kostenfreies Bildungsticket

Patricia Steinberger, die SPD-Kandidatin der vergangenen Landshuter OB-Wahl forderte bereits 2016 die Schulwegfreiheit in Landshut ab dem ersten Kilometer. Ursprünglich wurde der Vorschlag als nicht finanzierbar abgelehnt. Doch inzwischen – auch im Hinblick auf die Diskussion den ÖVPN generell kostenlos anzubieten – scheint eine derartige Lösung durchaus denkbar. Denn einen ganz ähnlichen Ansatz verfolgt die BayernSPD mit der Forderung nach einem kostenfreien Bildungsticket. „Unser Ziel ist: die schrittweise Einführung des kostenlosen Nahverkehrs. In einem ersten Schritt fordern wir ein kostenloses bayerisches Bildungsticket für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende. Dieses Bildungs-Ticket für den ÖPNV brauchen wir sofort. Und nicht erst in 12 Jahren, wie sich das der Ministerpräsident vorstellt. Das kostenfreie Bildungsticket ist besser als ein Jahresticket für 365 Euro.“, so SPD-Spitzenkandidatin Natascha Kohnen.

Der ländliche Raum dürfe bei der Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs nicht abgehängt werden, so Kohnen weiter: „Gerade der ländliche Raum verdient bessere Verbindungen und ebenso günstige Preise. Es gibt immer noch Dörfer, wo noch nicht mal ein Bus hinfährt. Hier müssen wir zuerst ausbauen. Und wir brauchen Busse, die stündlich in die Dörfer fahren statt nur morgens und abends. Ein Verkehrsinfarkt bleibt langfristig nur aus, wenn bereits junge Menschen vom Auto auf Bus & Bahn umsteigen und Pendler eine Alternative geboten werden kann. Der kostenlose Nahverkehr entlastet den Geldbeutel und setzt Anreize, auf das Auto zu verzichten.“

Zudem hält Kohnen die Ideen des Ministerpräsidenten in diese Richtung für unglaubwürdige Wahlversprechen. Denn tatsächlich spare Markus Söder im Nahverkehr: „In seiner Regierungserklärung im April versprach er neue Busse, Trambahnen und U-Bahnen anzuschaffen. Im Nach-

tragshaushalt zwei Monate später fand sich kein Cent für neue Busse, kein Cent für Trambahnen und U-Bahnen.“

Impressum

Der neue Landshuter Stadtgucker
Herausgeber:
 SPD-Ortsverein Landshut-Stadt
 V. i. S. d. P.:
 Patricia Steinberger, Vorsitzende
 SPD-Ortsverein Landshut-Stadt
Anschrift:
 Ludmillastr. 15 a, 84034 Landshut
Auflage:
 12.000 Exemplare
Konzeption, Textüberarbeitung, Satz:
 www.plus8-werbung.de

Interview mit dem SPD-Landtagskandidaten Harald Unfried:

„Wir brauchen eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus in Bayern.“

Der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen schlägt schon seit Jahren Alarm: Immer mehr Sozialwohnungen fallen aus der Sozialbindung. Preisgünstiger Wohnraum verschwindet. Der Verband moniert auf seiner Webseite, dass sich die Landesmittel für die Wohnraumbeförderung gerade im wohlhabenden Bayern auf einem historischen Tiefstand befinden. Welchen Pfad muss die Wohnungspolitik in Bayern einschlagen, damit wieder bezahlbarer Wohnraum für breite Schichten entsteht? Darüber haben wir ein Gespräch mit dem Landshuter Landtagskandidaten Harald Unfried geführt.

Stadtgucker: Nicht nur in Landshut wird um den richtigen Weg gerungen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Auch landespolitisch ist die Wohnungspolitik eines der beherrschenden Themen. Wieso hat sich der Bestand an Sozialwohnungen so stark verringert?

Harald Unfried: Der Verband bayerischer Wohnungsunternehmer spricht vollkommen zu Recht von einem neuen historischen Tiefstand bei den Sozialwohnungen in Bayern. Während es im Jahr 1999 noch etwa eine viertel Million Sozialwohnungen in Bayern gegeben hat, sind es 2014 nur noch 130.000 Wohnungen mit sozialer Bindung gewesen. Die CSU-Staatsregierung hat es nicht nur verabsäumt, dieser Entwicklung Paroli zu bieten. Sie hat mit der völlig unnötigen Privatisierung von 33.000 preisgünstigen GBW-Wohnungen die Wohnungssituation in Bayern sogar noch deutlich verschärft. Statt die gute finanzielle Lage Bayerns für den sozialen Wohnungsbau zu nutzen, wurde bezahlbarer Wohnraum verschertelt. Und dies auch noch quasi als Folge des von der CSU selbst verursachten Landesbank-Debakels.

Stadtgucker: Was bedeutet es, wenn der Staat die öffentliche Daseinsvorsorge beim sozialen Wohnungsbau derart vernachlässigt?

Harald Unfried: Man darf nicht vergessen, dass seit der Föderalismusreform 2006 nicht mehr der Bund für den sozialen Wohnungsbau zuständig ist, sondern die Bundesländer. Es gehört also zu den originären Aufgaben des Freistaats, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen bzw. mindestens zu erhalten. Die wohnungspolitische Schlafmützigkeit der Staatsregierung rächt sich jetzt natürlich auf verschiedene Weise.

„Sechs der fünfzehn deutschen Großstädte mit dem stärksten Mietpreisanstieg liegen in Bayern.“

Stadtgucker: Und zwar wie konkret?

Harald Unfried: Die Folge ist das stark angestiegene Mietpreinsniveau. So liegen sechs der fünfzehn deutschen Großstädte, die zwischen 2009 und 2014 die stärksten Mietpreisanstiege zu verzeichnen hatten, in Bayern. Ein immer größerer Anteil des Nettolohnes muss für Mieten aufgewendet werden. Besonders beim Übergang in die Rente mit reduzierten Bezügen treffen überteuerte Mieten viele Menschen mit voller Wucht. Wenn bezahlbarer Wohnraum infolge von politischer Untätigkeit verloren geht, trifft das eben längst nicht mehr nur die niedrigeren Einkommen. Es wird – zumindest in den größeren Städten – immer mehr auch zum Problem für die Menschen mit mittleren Einkommen.



Harald Unfried tritt bei der Wahl am 14. Oktober als sozialdemokratischer Kandidat für den Bayerischen Landtag im Wahlkreis Kelheim an. In Landshut kann er mit der Zweitstimme gewählt werden: Liste 2, Platz 6. Im Interview mit dem Landshuter Stadtgucker spricht er über seine Vorstellungen zur Wohnungspolitik, für die der Freistaat seit der Föderalismusreform zuständig ist.

Stadtgucker: Und was müssen wir jetzt tun, damit perspektivisch wieder deutlich mehr sozial gebundener Wohnraum entsteht?

Harald Unfried: Ich glaube, es dürfte klar geworden sein, dass die entscheidende Herausforderung der bayerischen Landespolitik in den nächsten Jahren in einer groß angelegten Wohnbauoffensive für preisgünstigen Wohnraum besteht. Eine Landespolitik mit sozialer Prägung darf nicht länger dabei zusehen, wie immer mehr sozial gebundener Wohnraum einfach verschwindet. So muss in der nächsten Legislaturperiode der Bau von mindestens 50.000 Wohnungen in Bayern gefördert werden. Eine direkte Handhabe bietet ein staatliches Wohnungsbaunternehmen, wie die von der Staatsregierung für knapp 2,45 Milliarden Euro privatisierte GBW. Rund 80.000 Mieter sind von dem Verkauf betroffen.

Stadtgucker: Mit den 8.000 bezahlbaren Wohnungen für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, die die CSU in ihrem neuesten 10-Punkte-Plan bis 2020 bauen möchte, wird es also nicht getan sein?

Harald Unfried: Das ist nur ein Placebo. Mit 8.000 zusätzlichen Sozialwohnungen wird man den weiteren Rückgang preisgünstigen Wohnraums nicht wirklich aufhalten können. Es fallen ja ständig alte Sozialwohnungen aus der Preisbindung. 8.000 wäre vielleicht für München eine Zahl, aber doch nicht für ganz Bayern. Die CSU kann sich nicht zu einer ambitionierten Wohnbaupolitik durchringen. Trotz der erkennbar brenzlichen Situation. Das ist eigentlich blamabel. Immerhin hat es an einem Punkt bei der CSU Bewegung gegeben: die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft.

Stadtgucker: Was kann der Freistaat noch tun, um die Neubautätigkeit anzuregen und dem Auftrag aus Artikel 106 der bayerischen Verfassung gerecht zu werden, wonach die Förderung des Baues kostengünstiger Volkswohnungen die Aufgabe des Staates und der Gemeinden ist?

Harald Unfried: Die Staatsregierung kann etwa zum Verkauf stehende Grundstücke künftig kostengünstig an Baugenossenschaften und Kommunen abgeben, wenn diese die Errichtung bezahlbaren Wohnraums zusagen. Denn eine der Ursachen für den Anstieg der Mieten sind ja auch die gestiegenen Baulandpreise. Auch an dieser Front muss der Freistaat endlich tätig werden.

Stadtgucker: Wir danken für das Gespräch.

Steckbrief: Harald Unfried

Der gebürtige Landshuter Harald Unfried (54) ist stellvertretender Vorsitzender der Landshuter SPD. Seinen Abschluss als Diplom-Verwaltungswirt (FH) absolvierte er 1996 in München. Seit vielen Jahren arbeitet Harald Unfried als Betriebsprüfer der Deutschen Rentenversicherung in München. In dieser Eigenschaft prüft er Betriebs- aller Branchen und Größen. Die sozialen Themen der Zeit prägen seinen Arbeitsalltag – ob gesetzlicher Mindestlohn, die Einhaltung von Tarifverträgen oder Fragen der Sozialversicherung.

der Sozialversicherung.

der Sozialversicherung.

SAG' JA! ZUM BÜRGERENTSCHEID

Einen schönen Platz zum Wohnen –
für mich und meine Familie.
Das wünsche ich mir!



AM 14. OKTOBER: JA ZUR STÄDTISCHEN WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT

Die Idee ist gut, aber leider von der SPD ...

... wie sonst könnte man sich das jahrelange Zaudern und Zögern im Landshuter Stadtrat erklären? Verantwortungsvolles Handeln: Ist das nicht die oberste Pflicht der Politik? Was die Politiker nicht entscheiden wollten oder konnten, das ist jetzt Ihre Aufgabe. Hierzu ein paar Fakten:

- ▶ In den kommenden Jahren – womöglich Jahrzehnten wird der Landshuter Haushalt nur wenig bzw. zu wenig Geld haben, um kommunalen Wohnungsbau zu finanzieren.
Fazit: Das Problem „bezahlbar Wohnen“ verschärft sich.
- ▶ Wir alle wissen: Ein **Zuhause** zu haben, ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Warum lassen wir dann zu, dass unsere Wohnungen **Spekulationsobjekte** geworden sind? Wie hieß es so einfach: Der freie Markt wird es richten. Und er hat gerichtet. Mit Mietsteigerungen – zum Teil über fünfzig Prozent. Alle sind sich einig: Wir brauchen städtische Wohnungen. Klar, ohne privaten Wohnungsbau geht es nicht. Aber es muss ein Gegengewicht zur reinen Gewinnmaximierung geben. Nur so kann man den horrenden Mietsteigerungen langfristig entgegenwirken.
- ▶ **Wir sagen: Die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft (WBG) ist für Landshut die beste Lösung. Warum?**
 - ▶ Eine WBG wirtschaftet unabhängig vom städtischen Haushalt und wird trotzdem staatlich gefördert.
 - ▶ Sie plant, baut und betreut städtische Wohnbauobjekte.
 - ▶ Weil Ausbildungs- und Arbeitsplätze entstehen.
 - ▶ Die Stadt Landshut kann als Träger aktiv an der Stadtplanung mitwirken – für ein gutes Miteinander der Bewohner aus allen Einkommensschichten.
 - ▶ Eine WBG schafft bleibende Immobilienwerte für die Stadt.
 - ▶ Eine WBG arbeitet – anders als der private Investor – nicht gewinnorientiert. Das heißt: Überschüsse aus der Vermietung und der Grundstücksentwicklung halten die Mieten stabil und können an Projekte weitergegeben werden, die direkt den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen.
 - ▶ In relativ kurzer Zeit kann so attraktiver, günstiger Wohnraum entstehen, der nicht nur den Wohnungsmarkt entlastet, sondern auch langfristig für stabile Mieten sorgt.
- ▶ **Und das Wichtigste:** Sie haben es in der Hand, am 14. Oktober für den Startschuss zu sorgen. Damit Landshut ein klares Signal setzt: **Wir wollen nicht abwarten – wir handeln!** Sagen Sie JA zur städtischen Wohnungsbaugesellschaft!

Unsere Forderungen gegen Wohnungsnotstand und zur Stabilisierung der Mietpreise in Landshut:

1
Wir fordern seit vielen Jahren die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, um bezahlbare Wohnungen zu schaffen und die Mietpreise stabil zu halten.

2
Wir fordern, den Bau von Wohnungen in der Ochsenau nicht weiter zu verzögern und das gesamte Grundstück für die Bebauung zu nutzen.

3
Wir fordern, dass die Stadt Landshut freie und frei werdende Grundstücke in Landshut erwirbt, um diese für den kommunalen Wohnungsbau bereitstellen zu können.

4
Wir fordern den Abbruch der Grundstücksverhandlungen mit dem Freistaat für das Grüne Zentrum. Landshut hat weder Baugrund zu verschenken noch zu verscherbeln.

5
Wir fordern den Erlass einer Zweckentfremdungssatzung für Wohnraum in Landshut, wie sie in München bereits seit den siebziger Jahren in Kraft ist.

6
Wir fordern, kleine Grundstücke für den Bau von Tiny-Häusern anzubieten, damit Wohneigentum auch für Menschen mit weniger Einkommen möglich wird.

Kurz angemerkt:



Neue SPD-Vorsitzende:

■ Bei der Jahreshauptversammlung im Zollhaus im Juni wurde Patricia Steinberger von den Mitgliedern einstimmig zur Landshuter SPD-Vorsitzenden gewählt. Mit Blick auf die nächste Oberbürgermeister-Wahl 2020 führt Patricia Steinberger nun den SPD-Stadtverband mit rund 200 Mitgliedern an. Bereits bei der OB-Wahl 2016 trat Steinberger an und holte – für viele überraschend – fast 17 Prozent der Wählerstimmen. Geht es nach der Vorstandschaft der Landshuter SPD, soll Patricia Steinberger auch 2020 wieder im OB-Wahlkampf antreten.

Söder macht's?

■ Was macht er denn? Zum Beispiel „am Ende des Schuljahres Tausende angestellte Lehrerinnen und Lehrer entlassen“, „ertrinkende Menschen im Mittelmeer als Asyltouristen bezeichnen“ und „32.000 öffentliche Wohnungen an private Investoren verscherbeln - und damit 80.000 Mieter im Regen stehen lassen“. So steht es auf der Website www.soeder-machts.de. Wie Sie sicher schon ganz richtig bemerkt haben, ist „Söder macht's“ der Wahlkampflogan des Spitzenkandidaten der CSU. Dumm nur, das vergessen wurde, die entsprechende Domain, sowie den Twitter- und Facebook-Account zu sichern. Diese Medien nutzt nun die SPD, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Und natürlich freut es uns auch ein wenig, wenn die CSU sich ärgert – und das tut sie. Wenn Sie immer noch überrascht sind, dass ausgerechnet wir über den bayerischen Ministerpräsidenten berichten, dann schauen Sie doch bitte mal, was Söder sonst noch so macht: www.soeder-machts.de. Wir versprechen interessante Lektüre. Auf Facebook hatte die Seite nach kurzer Zeit bereits 1600 Abonnenten. Der Bayerische Rundfunk berichtete auf BR24 ebenfalls vom gelungenen Wahlkampf-Coup der BayernSPD.

Zwei Wespen melden sich zu Wort

Leserbrief zum Sommerinterview mit OB Putz

Zwei Wespen melden sich zu Wort (Bezeichnung der SPD-Stadträte durch OB Putz in der Passauer neuen Presse):

Natürlich müssen wir (rote Wespen) uns gleich zu Wort melden, wenn Unwahrheiten geäußert werden, das provoziert unser Herr Oberbürgermeister ja geradezu. In dieser Beziehung hat er viel von Donald Trump gelernt (Fake News), wie es scheint. Er sollte sich lieber einmal mit seinen Kollegen, dem Bamberger Oberbürgermeister Andreas Starke, dem Passauer Oberbürgermeister Jürgen Dupper oder dem Kelheimer Bürgermeister Horst Hartmann unterhalten und sie fragen, was eine kommunale Wohnungsbau-gesellschaft für eine Stadt bedeutet.

Übrigens hat Kelheim die Gesellschaft erst im vergangenen Jahr gegründet und kann schon von Erfolgen berichten. Natürlich kommt es darauf an was wir, das Stadtratsgremium, und der OB dann daraus machen und hier werden auch wir ein wachsames Auge haben. Der OB will aus dem städtischen Haushalt Wohnungen bauen, aha. Da stellt sich für uns die Frage von welchem Geld aus dem städtischen Haushalt? Überschüssige Steuereinnahmen werden für überplanmäßige Ausgaben benötigt und der Rest wird sofort in die Schuldentilgung gesteckt. Auch hier hat man unsere Forderung nicht berücksichtigt, dass 50 Prozent in zusätzliche Investitionen gesteckt werden und nur 50 Prozent für die Schuldentilgung. Die Stadt Landshut hat einen Investitionsstau, der uns über viele Jahre hindert, aus dem städtischen Haushalt neue bezahlbare Wohnungen zu bauen. In Planung ist die Sanierung des Eisstadions (über 30 Mio. Euro), der Neubau von drei Schulen (Eigenleistung der Stadt), die Sanierung des Stadttheaters (Eigenleistung der Stadt), die Westtangente (Kosten noch gar nicht absehbar). Wann will denn unser Stadtoberhaupt mit dem Bau von Wohnungen beginnen? Auch durch das Planen im Wohnungsamt wird noch keine einzige Wohnung gebaut.

Wir geben gerne Nachhilfe:

1. Eine städtische Wohnungsbau-gesellschaft arbeitet auf eigene Rechnung, sie kann also losgelöst vom städtischen Haushalt durch Kredite, die durch die Mieteinnahmen getilgt werden, den Neubau von Wohnungen finanzieren, gehört trotzdem zu 100 Prozent der Stadt. Somit schafft diese „Tafelsilber“ für die Stadt (Immobilien steigen im Wert). Hier muss auch das Baugebiet Ochsenau betrachtet werden. Vor über zwanzig Jahren sind 20 Hektar Grund für ca. 1 Euro je Quadratmeter in den Besitz der Stadt übergegangen. Wer, wie die Mehrheit im Stadtrat, über nicht finanzierbare Projekte klagt, muss erklären, warum man dem Freistaat 10 Hektar Bauland zu

einem Quadratmeterpreis von 150 Euro überlässt und darüber noch froh ist (100.000 m² zu einem derzeitigen Marktpreis von 600 - 800 Euro je Quadratmeter). Zieht man 20 % für Gemeinbedarfsflächen ab, verbleiben 80.000 m², für die praktisch mindestens 450 Euro je Quadratmeter verschenkt werden. Zieht man noch 1 Mio. Euro Kosten ab für Ausgleichsmaßnahmen, kommen wir auf einen Mindestverlust von 35 Mio. Euro. Davon könnte die Stadt ca. 17.500 m² bezahlbaren Wohnraum schaffen bzw. 230 Wohnungen. Es verbleiben immer noch 10 Hektar Grund im Besitz der Hl. Geistspitalstiftung. Auch hier könnte man noch unsere Fifty-Fifty-Variante umsetzen und 50 Prozent zum Marktpreis an private Bauherren veräußern und von dem Geld auf der anderen Hälfte kommunalen Wohnraum schaffen. Wer nur ein bisschen kaufmännisches Verständnis hat, würde nicht jammern, sondern sofort in die Umsetzung gehen und handeln.

2. Eine städtische Wohnungsbau-gesellschaft (WBG) ist kein öffentlicher Träger und muss nicht europaweit ausschreiben. Sie kann heimische Firmen bevorzugen und damit die Region stärken. 3. Eine städtische WBG erhält trotzdem Förderungen, denn sie handelt als hundertprozentige Tochter der Stadt auch im Auftrag der Kommune; in anderen Städten funktioniert das auch. Sie arbeitet nicht gewinnorientiert, sondern gibt die Gewinne aus der Wertschöpfungskette sofort an die Bürgerinnen und Bürger weiter und kann so die Mieten gering halten.

4. Die Stadt selbst kann je nach aktuellem Bedarf die Größe und den Standard der zu bauenden Wohnungen bestimmen und an wen diese Wohnungen vergeben werden.



5. Die Stadt Landshut kann dadurch selbst dafür sorgen, dass heterogene Nachbarschaften für ein gesellschaftliches Miteinander entstehen – mit einer guten Mischung aus Eigentum, normalen sowie sozial geförderten Mietwohnungen – so dass für alle Schichten der Bevölkerung genügend und dem Einkommen entsprechend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Von Gerd Steinberger und Anja König.

2.500 Euro für das Sonderpädagogische Förderzentrum Landshut-Stadt

Die SPD-Fraktion erreicht ihre Ziele – wenn auch auf Umwegen

Am 6. Juni 2018 überreichte die SPD-Fraktion einen Spendenscheck in Höhe von 2.500 Euro an das Sonderpädagogische Förderzentrum Landshut-Stadt (SFZ). Die Schulleitung und Mitglieder des Fördervereins zeigten sich hocheifrig über diese Spende. Fraktionsvorsitzende Anja König betonte: „Es ist uns ein großes Bedürfnis, dass das SFZ die erste große Spende der SPD-StadträtInnen erhält“. Wie es dazu kam?

Die Mehrheit im Stadtrat beschloss – gegen die Stimmen der SPD-Fraktion – eine Erhöhung der eigenen Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder. Diesen Mehrverdienst haben die SPD-StadträtInnen nun gespendet, um den Mittagessenfond für Kinder aus bedürftigen Familien aufzustocken.“ Dem voraus gegangen war ein Antrag der SPD im Haushalt 2018 einen Zuschussfond für das SFZ einzurichten, damit Kinder aus bedürftigen Familien, bei denen keine andere soziale Unterstützung greift, Mittagessen bekommen. Der Fond mit jährlich

maximal 4.000 Euro wurde mehrheitlich abgelehnt. Über diese Entscheidung war nicht nur die SPD-Fraktion enttäuscht, sondern auch das SFZ. Schulleiterin Gabriella Lohmüller erklärte: „Wir wollten gerne erreichen, dass alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern am Mittagessen teilnehmen können. Daher ist diese Spende ein Segen für uns alle und erleichtert uns den Alltag ungemein.“ Lobenswert sei auch, dass die SPD-Fraktion ihr Versprechen umsetzt und die Erhöhungen der Stadtratsaufwendungen für soziale Zwecke weitergibt, war der einstimmige Tenor aus Schulleitung und Förderverein. Gerd Steinberger erklärt: „Es ist uns eine Freude,

auf Umwegen doch noch zum Ziel zu kommen, obwohl zwei wichtige Anträge im Stadtrat abgelehnt wurden:

1. Auf die Erhöhung von Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen für den Stadtrat zu verzichten (Kosten: rund 100.000 Euro pro Jahr).
2. Dem Mittagessen-Fond der SFZ einen Zuschuss von 4.000 Euro im Jahr zu gewähren. Als Dankeschön überreichte die Schule an die StadträtInnen ein Respekt-Armband, welches sonst nur Schülern und Schülerinnen für besonderen Einsatz und soziales Engagement als Auszeichnung erhalten. „Diese werden wir in Ehren tragen.“, bedankte sich Anja König.



Auf dem Foto von links: Robert Gewies (SPD), Walter Kainz (stellv. Schulleiter), Anja König (SPD), Martina Spoo (Schriftführerin Förderverein), Schulleiterin Gabriella Lohmüller, Christine Vögl (Kassiererin Förderverein), Maria Hauke (SPD) und Gerd Steinberger (SPD).

Keine weitere Verzögerung für eine Bebauung in der Ochsenau

SPD stellt Dringlichkeitsantrag

Bereits im Juli 2017 stellte die SPD-Fraktion den ersten Antrag für einen Bebauungsplan für das 20 Hektar große Grundstück in der Ochsenau auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz. Nach dem Auslaufen der 20 Jahre währenden Vertragsbindung im Dezember 2017 sollte zügig mit dem Bau von Wohnungen begonnen werden. Die Verwaltung stimmte diesem Antrag zu und schlug vor, im Haushaltsbudget 2018 Planungsmittel für einen städtebaulichen Wettbewerb einzustellen. Mit der Begründung ein verfrühtes Handeln würde in den Vertrag eingreifen und Rückzahlungsforderungen auslösen, wurde der Antrag abgelehnt, obwohl die Verwaltung derlei Bedenken eindeutig ausräumte.

Zwischenzeitlich ist die Entscheidung gefallen, das „Grüne Zentrum“ in der Ochsenau zu bauen. Wir waren der Meinung, mit dieser Entscheidung würde endlich der Wettbewerb zur Bebauung durchgeführt werden. Doch erneut kommt es zu einer taktischen Verzögerung durch den Antrag, vorab eine zwei Jahre andauernde „naturschutzfachliche Untersuchung“ auszuführen. Und das obwohl bekannt ist, dass der Wettbewerb wie auch das Aufstellungsverfahren ohnehin Monate in Anspruch nehmen, so Steinberger, und obwohl dabei selbstverständlich Naturschutzaspekte untersucht und berücksichtigt werden. Die Bebauungsplanung hinten anzustellen sei angesichts des Lands-

huter Wohnungsmarktes unverantwortlich. Fraktionsvorsitzende Anja König machte noch einmal deutlich: „Das für eine Wohnbebauung vorgesehene, städtische Grundstück nicht zügig zu nutzen, wäre eine Fehlentscheidung. Zumal die Neubaulfläche lediglich ein Fünftel des Areals ausmacht. 280 Hektar bleiben Naturschutzgebiet.“ Um der andauernden Diskussion ein Ende zu setzen, hat die SPD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Sie fordert, von einer naturschutzfachlichen Untersuchung im Vorfeld abzusehen und unverzüglich mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes mit vorgeschaltetem Wettbewerb zu beginnen.

Ihre Landshuter SPD-Fraktion im Kurzporträt:

Anja König

Fraktionsvorsitzende

Jugendhilfeausschuss, Umweltsenat, Feriensenat, Ältestenrat, Haushaltsausschuss, Hauptausschuss, Finanz- und Wirtschaftssenat, Personalsenat



Robert Gewies

stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Verkehrssenat, Sport-senat, Haushaltsaus-schuss, Hauptausschuss, Aufsichtsrat Klinikum Landshut gemeinnützige GmbH



Gerd Steinberger

Gestaltungsbeirat, Bau-senat, Liegenschaftssenat, Senat für Messen, Märkte, Dulten



Maria Hauke

Bildungs- und Kultursenat, Sozialausschuss, Verwaltungsbeirätin Theater



Dietmar Franzke

Verwaltungssenat, Vorsitzender Rechnungsprüfungsausschuss



Die KandidatInnen der bayerischen SPD stellen sich vor:

Natascha Kohnen ist die Spitzenkandidatin der BayernSPD.



Meine bayerische Heimat, meine Familie, meine Leidenschaft für Naturwissenschaften und der Wunsch, ganz praktisch das Leben der Menschen in unserem Land zu verbessern – das alles hat mein Leben geprägt. Jetzt trete ich an, um noch mehr Verantwortung zu übernehmen.

Die meisten von uns leben gut hier in Bayern. Wir wollen Bayerns wirtschaftliche Stärke erhalten und für die Zukunft sichern. Und wir wollen dafür sorgen, dass alle in Bayern am Erfolg teilhaben.

Bayern verändert sich: Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitsplätze und unser Freizeitverhalten. Menschen ziehen aus ganz Deutschland und darüber hinaus nach Bayern und vom Land in die Städte. Neue Technologien machen uns mobiler und helfen uns, miteinander in Kontakt zu bleiben. Dieser dynamische Wandel bringt Chancen für Bayern. Diese Chancen müssen wir nutzen. Aber diese Veränderungen schaffen auch neue Herausforderungen: Der Zuzug in die Städte macht Wohnraum knapp und teuer. Er bringt Nahverkehr, Kinderbetreuung, Bildungseinrichtungen und vieles andere an die Belastungsgrenzen. Ländliche Regionen brauchen schnelles Internet, gute Gesundheitsversorgung und einen starken öffentlichen Nahverkehr. Und viele Menschen in Stadt und Land sorgen sich, wie sie in der digitalisierten Arbeitswelt mithalten können.

Wir wollen diesen Wandel gestalten. Bayern ist am stärksten, wenn wir zusammenhalten.

Darum geht es uns: Mehr Gemeinschaft schaffen, füreinander da sein – und auch ein neuer Umgangston. Wir stehen für eine Politik, die Menschen stark macht in ihrem täglichen Leben. Wir wollen mehr Zusammenhalt in Bayern. Wie das geht? Dafür haben wir viele Ideen! Weitere Infos zum Wahlprogramm: natascha-kohnen.de oder bayern-spd.de



Ruth Müller für den Bayerischen Landtag.

Seit meiner ersten Wahl 2013 in den Bayerischen Landtag habe ich zusammen mit den SPD-Verantwortlichen vor Ort viele Einrichtungen und Veranstaltungen besucht. In den Gesprächen habe ich auch immer wieder den Wunsch nach mehr Zusammenhalt und Gemeinschaft gehört.

Unser wirtschaftlicher Erfolg soll allen zugutekommen. Wir wollen, dass sich jeder sein Dach über dem Kopf leisten kann. Deshalb brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum in Stadt und Landkreis Landshut. Eltern brauchen ein gutes Betreuungsangebot für die Kinder, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Der öffentliche Nahverkehr in der Region Landshut muss verbessert werden, für schnelle Anbindungen und weniger Staus.

Gerne werde ich Ihre Anliegen ab dem 14. Oktober wieder im Bayerischen Landtag vertreten.



Christine Erbinger für den Bezirkstag.

Niederbayern ist ein großes Gebiet mit unterschiedlichsten Strukturen. In Landshut sind wir mittendrin in der Boom-Region München, mit all seinen Vor- und Nachteilen. Zwar gibt es nahezu Vollbeschäftigung, dafür Probleme bezahlbare Wohnungen zu finden. In anderen Teilen Niederbayerns haben die Menschen dagegen das Gefühl, von der Entwicklung abgehängt zu werden. Es gibt kaum Arbeitsplätze und die nötige Infrastruktur, auch die kulturelle und soziale, lässt zu wünschen übrig. **Obwohl die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse für ganz Bayern in der Bayerischen Verfassung verankert wurde, merken wir nichts davon. Das möchte ich ändern.** Christine Erbinger lebt mit ihrer Familie in Hohenhann und ist dort seit 2014 ehrenamtlich im Gemeinderat tätig.

Ihre Zweitstimme: Liste 2, Platz 11



Sebastian Hutzenthaler für den Bayerischen Landtag.

Sebastian Hutzenthaler (55) liegt die Bildungspolitik ganz besonders am Herzen: Um sich gezielter für Schulentwicklung engagieren zu können, hat er im September 2018 ins Staatliche Schulamt gewechselt. Er plädiert für ein wirklich groß aufgelegtes Sanierungsprogramm des Freistaates, mit dem Städte und Gemeinden, die weniger finanzstark sind, ihre Schulen sanieren können. Er ist Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreistag und lebt mit seiner Familie in Ergoldsbach. Dort ist er auch seit Jahren als 2. Bürgermeister tätig.

Ihre Zweitstimme: Liste 2, Platz 18

